

- **Argumente**
- **Marktwirtschaft**

Die Marktwirtschaft basiert auf Wettbewerb, Verantwortung und Freiheit

Wettbewerb *sorgt für Wachstum und Innovation,
fördert Leistung, Kreativität und schnelle Anpassung.*

- Offene Märkte und freier Marktzugang: Gewinn für die Gesellschaft insgesamt
- Grundlage für Chancengerechtigkeit
- Faire Wettbewerbsordnung und Gleichbehandlung der Wettbewerber als Voraussetzung

Verantwortung *für andere und für sich selbst ist Voraussetzung für Freiheit!*

- Die Marktwirtschaft ist eine Werteordnung, die die Rechte des Einzelnen schützt, ihn aber auch in die Pflicht nimmt
- Verantwortung und Haftung für eigenes Handeln, Gewinnchancen **und** Verlustrisiko
- Soziale Absicherung der ökonomisch Schwachen

Freiheit: *Jeder Einzelne kann am besten seine Bedürfnisse vertreten.
Der Staat garantiert den Rechtsrahmen.*

- Individuelle Freiheit und Entfaltungsmöglichkeit fördern Eigeninitiative und Innovation
- Vertrags- und Berufsfreiheit / Rechtssicherheit
- Schutz des Privateigentums

Beispiele für den Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland seit 1948

**Durchschnittlicher
Bruttostundenlohn:** von 0,65 € auf 15,55 €

Lebenserwartung: plus 13 Jahre

Zahl der Arbeitsunfälle: minus 60 %

Wöchentliche Arbeitszeit: statt 48,2 jetzt 38,3 Stunden

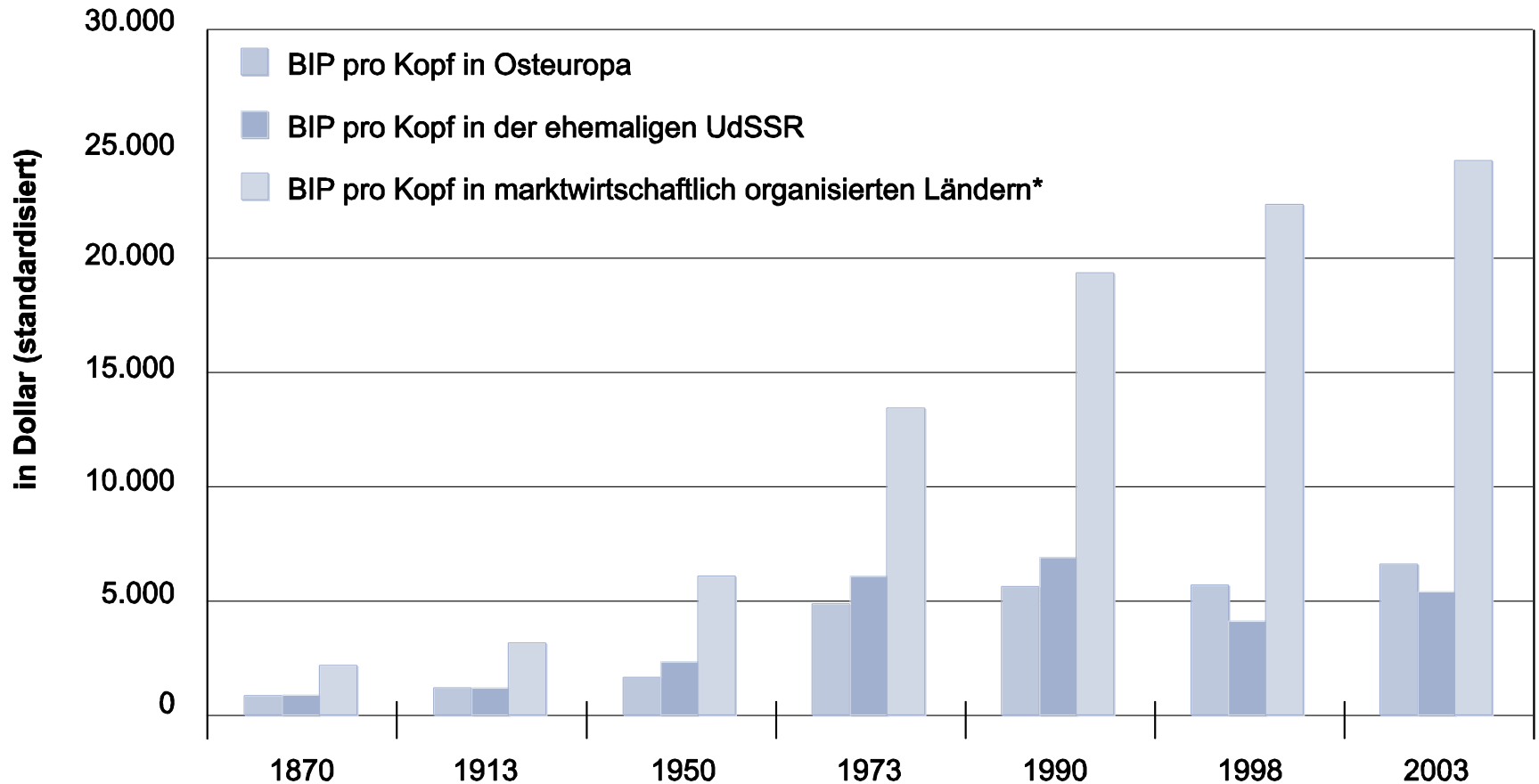
Urlaub: meist 30 statt 12 Urlaubstage

Für 250 g Butter: heute 5 statt 73 Minuten Arbeit (1:14,6)

Für 1 Fahrrad: heute 23 Stunden statt 139 Stunden (1:6)

Für 1 Auto: heute 1.472 statt 5.136 Stunden Arbeit (1:3,5)

Der Wettbewerb sorgt für Wachstum und Wohlstand

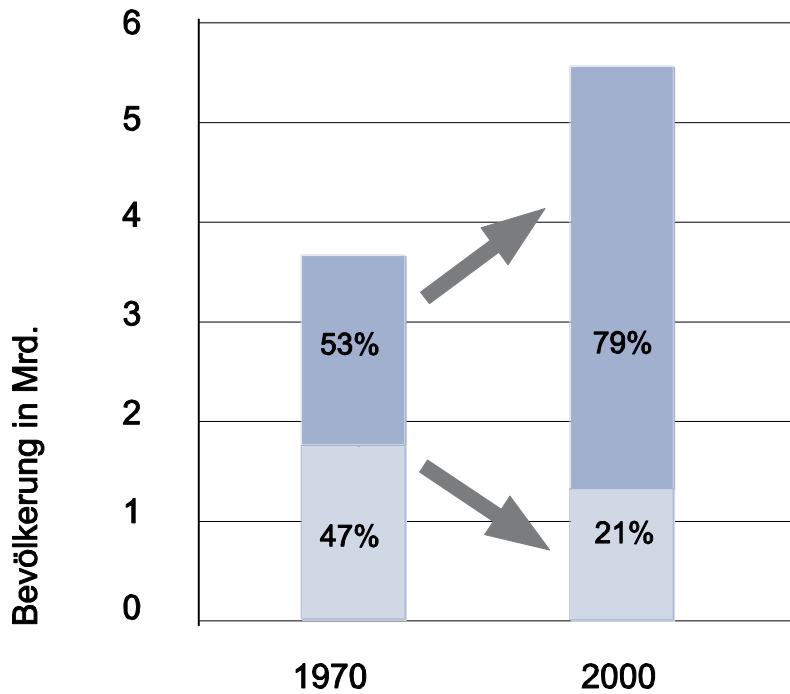


* 12 westeuropäische Länder (Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Italien, Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich), **die USA und Japan.**

Quelle: A. Maddison (2006), *The World Economy, Paris und A. Maddison (2007), Contours of the World Economy I – 2030 A.D., Oxford.*

Dank Wettbewerb und Globalisierung: Die weltweite Armut sinkt

Zunahme der Weltbevölkerung und Abnahme der Armut (weniger als 3 Dollar am Tag)



Der Anteil der Armen ist von 47 % auf 21 % gesunken.

- 55 %

Der Anteil der Nicht-Armen hat sich von 53 % auf 79 % erhöht – bei stark gewachsener Weltbevölkerung!

+ 49 %

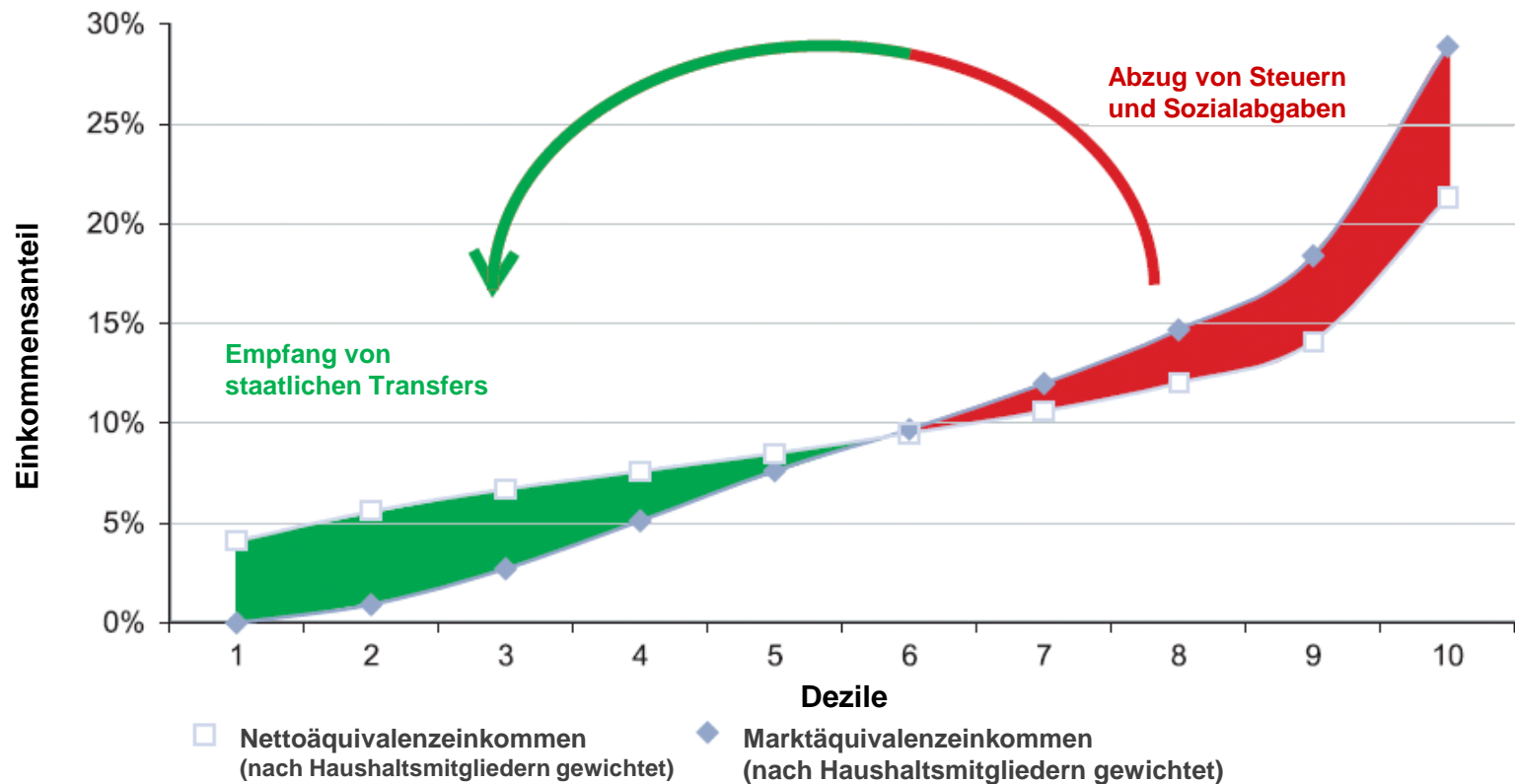
Arme (Einkommen unter 3 \$ pro Tag)

Personen mit Einkommen über 3 \$ pro Tag

Quelle: X. Sala-i-Martin (2006), *The World Distribution of Income*, *Quarterly Journal of Economics*, Vol CXXI (2).

Die Umverteilung funktioniert

Wirtschaftlicher Erfolg ermöglicht sozialen Ausgleich, Leistungsträger sind solidarisch: Die am besten verdienenden 10 % der Einkommensteuerpflichtigen sorgen für 50 % des gesamten Aufkommens



Gelten marktwirtschaftliche Grundsätze in der Finanzkrise noch?

Die Finanzkrise zeigt, wie wichtig öffentliche Güter sind und dass Märkte nicht ohne klare Rahmenbedingungen funktionieren. Marktwirtschaft braucht Regeln und den Staat.

- Transparenz und wirksame Aufsicht sind gefordert.
- Ordnungspolitik – also klare Grundsätze zum Erhalt der auf Wettbewerb, Freiheit und Verantwortung basierenden marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung – schaffen Vertrauen und Rechtsicherheit. Gewinne zu privatisieren und Verluste zu sozialisieren, hat mit glaubhaftem Wettbewerb nichts zu tun.
- Wettbewerbsfreie Räume entstehen durch Ausnahmen, Begünstigungen und Monopole. Die daraus folgende Ungerechtigkeit und Intransparenz hilft wenigen und schadet allen.
- Weiterentwicklung des Ordnungsrahmens gerade nach der Finanzkrise notwendig:
national und international
 - Verstärkte supranationale Strukturen
 - Verbindliche Abkommen zu Wettbewerbsregeln, Finanzaufsicht, Bilanzierungsregeln, Währungspolitik, Freihandel und Kartellkontrolle
 - Betonung der Nachhaltigkeit und Verantwortung durch langfristige Gewinnanreize (z.B. bei Tantiemen)

Der Wettbewerb hat immer Grenzen: Er kann keine soziale Sicherheit garantieren. Solidarität und Hilfe in Notlagen zu leisten bzw. zu organisieren sind Aufgaben der Bürger und des Staates.

Weshalb der Staat nicht der bessere Unternehmer sein kann

- **Sondersituation der Politik:** Politiker unterliegen besonderen Zwängen und werden von Wählern zu Klientelpolitik verleitet (Wiederwahlperspektive, regionale/lokale Interessen). Deshalb neigen sie dazu, Wettbewerb einzuschränken, Wohltaten sofort und vor der Wahl zu verteilen und Belastungen in die (ferne) Zukunft zu verlegen.
→ **Flucht in Schuldenaufnahme:** Nur wenige Staaten haben sich in der Geschichte als ehrbare Kaufleute bewährt.
- Erfahrung zeigt: Wettbewerbsfreie Räume verhindern Wachstum und Innovation, und führen damit zu Trägheit. Staatsbetriebe sind oft unbeweglich und müssen sich nicht direkt im Wettbewerb bewähren: Liberalisierung und Privatisierung wie z.B. in der EU führen in der Regel zu Qualitätsverbesserungen und Preissenkungen.
- Unternehmerisches Handeln braucht Anreiz und Verantwortung (Haftung, Gewinn- / Verlustrisiko), um nachhaltig zu sein.
- An der Finanzkrise besonders beteiligt sind staatliche Institute (z.B. Fanny Mae & Freddie Mac, deutsche Landesbanken). Die staatlich geförderte Politik der Billigkredite hat maßgeblich zur auslösenden Immobilienblase in den USA beigetragen (typische Folge von Klientelpolitik).
- Aufsichtsbehörden des Staates haben ihre Frühwarnfunktion - wie andere auch - nicht erfüllt.

Schwerpunkte der Stiftung Marktwirtschaft

Was brauchen wir?

Arbeitsmarkt und Beschäftigungschancen

- Bildungsreformen und -investitionen
- Mehr Wettbewerb und Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt, bessere Arbeitsanreize

Soziale Sicherung und Fairness

- Balancierte Solidarität, Fördern und Fordern
- Mehr Wettbewerb auf dem Gesundheitsmarkt und bei der Pflege

Ehrbarer Staat

- Politik, die auf Nachhaltigkeit zielt und sich wie ein ehrbarer Kaufmann verhält
- Eine Schuldenbremse im Grundgesetz (Generationengerechtigkeit)

Steuersystem

- Umfassende Vereinfachung für Bürger und Unternehmen, für mehr Steuerehrlichkeit
- Mehr Transparenz und bessere Leistungsanreize (mehr Netto vom Brutto)

Ressourcen

- Marktwirtschaftliche Instrumente in der Umwelt- und Energiepolitik
- Versorgungssicherheit bei geringer Regulierung
- Anreize und Verpflichtung zu ressourcenschonendem Verhalten

Selbstverständnis der Stiftung Marktwirtschaft

Die Stiftung Marktwirtschaft

- wirkt **unabhängig von Parteien**, Gruppen, Verbänden und Einzelinteressen,
- versteht sich als **Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik**,
- nutzt ein umfangreiches Kontaktnetz und den **hohen Verbreitungsgrad ihrer Publikationen**, um **nachhaltig** für ihre Ziele zu werben,
- erarbeitet auch durch ihren wissenschaftlichen Beirat, den **Kronberger Kreis**, **konkrete Handlungsvorschläge für Politik und Gesellschaft**.

Als **Stimme für Freiheit und Markt** hat die Stiftung den Anspruch, Lösungen aufzuzeigen, die

- **wissenschaftlich fundiert**,
- **ökonomisch vernünftig** und
- **politisch glaubwürdig** sind.

Beispiele für die Arbeit von Stiftung und Kronberger Kreis

Marktwirtschaftliche Ordnung

- „Bilanz des ehrbaren Staates“ (seit 2005); 2008 erstmals im internationalen Vergleich
- Publikation „Mehr Freiheit wagen“ (2006)
- Studien zu Staatsfonds und Welthandelsordnung (Kronberger Kreis, 2007)

Arbeitsmarkt

- Reformvorschlag für die Neuregelung des Kündigungsschutzes bei neuen Arbeitsverhältnissen (Kronberger Kreis, 2004)
- Positionspapier „Mindestlohn“ (2007)

Soziale Sicherung

- Entwurf einer umfassenden Reform des Gesundheitswesens (Kronberger Kreis, 2005)
- Vorschlag zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung (Kronberger Kreis, 2005)

Steuern

- Vorschläge zur rechtsformneutralen Unternehmensbesteuerung (2005)
- Vier-Säulen-Modell zur Reform der Kommunalfinanzen (2006)
- Gewinnermittlungs-Gesetz als Grundlage der Arbeit der EU (2007)
- Durchgerechneter Vorschlag zur Abschaffung der Erbschaftsteuer (2008)
- Gesetzentwurf zur grundlegenden Vereinfachung der Einkommensteuer (2009)

Wenn Sie die Stimme für Freiheit und Markt stärken wollen: Unterstützen Sie uns!